

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Einlagen in die Postzeitungsliste Nr. 6482

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Pachtstellen - Anzeigen die 3 Spalten in 10 Zeilen 50 M. Geschäftsangelegenheiten werden nicht angenommen.



Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittags 12 Uhr

Redaktion und Expedition: Hannover, Wilschstrasse 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluss 3002.

Politische Streiks in Deutschland.

Am 28. Januar und an den folgenden Tagen sind in Berlin und andern Orten des Reiches größere Streiks ausgebrochen. Ueber den Umfang und Verlauf derselben hat die Tagespresse aus Gründen, die bekannt sind, nicht so berichten können, daß ein zuverlässiger Ueberblick möglich wäre. Jedenfalls kann von einem allgemeinen Streik, von einem wirklichen Massenstreik, nicht die Rede sein. Gleichwohl kann die Bewegung auch nicht als einfacher Putzsch abgetan werden. Dafür war sie zu groß und zu gut diszipliniert. Wenigstens soweit die durchgelassenen Nachrichten ein Urteil darüber zulassen.

Ueber die Ursachen der Streiks bestehen kaum irgendwo Zweifel. Sie liegen in der tiefgehenden Mißstimmung der Arbeiterschaft über den Krieg und seine Folgen sowie über die Haltung der Regierung und bestimmter Volkskreise. Die Arbeiterschaft hat in mehr als 40 Kriegsmontaten Unsauberes erduldet und ertragen. Sie hat geduldet in dem Glauben, daß der Krieg verschuldet wurde von Mächten und Kräften, die dem Einfluß des deutschen Volkes entzogen sind; sie hat ertragen in dem Bewußtsein, daß alle Kreise und alle Kräfte in Deutschland ein Ende dieses Mordens anstreben; sie hat sich aufrecht erhalten — nein, sie hat sich gebeugt und gebückt unter fast unerträglicher Last — in der Hoffnung, daß nach diesem Kriege niemand dem Proletariat die frühere Aischenbrödelrolle mehr zumuten würde.

In den letzten Wochen und Monaten ist mancher Glaube wankend, manche Hoffnung brüchig geworden. Vorgänge, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, zeigen, daß eine kapitalistische Regierung ihre Kriegs- und ihre Friedenspolitik unter allen Umständen nach kapitalistischen Gesichtspunkten orientiert und daß soziale Klassen und politische Parteien ihren Machtbesitz nicht aus Dankbarkeit verpfänden, sondern voll Eigennutz verteidigen. Das sind zwar sehr alte Weisheiten, aber in der Kriegszeit scheinen sie doch hier und dort in Vergessenheit gekommen zu sein. Jetzt plötzlich treten sie mit überraschender Deutlichkeit hervor. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk haben die eine, die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus die andre mit blühender Klarheit vor die Augen gerückt. Illusionen verfloßen, Enttäuschungen wurden geboren. Zahlreiche andre Umstände und Ereignisse wirkten in gleicher Richtung. Die Mißstände im Ernährungswesen verschärfen die Stimmung. Das lärmende Hervortreten der sogenannten Vaterlandspartei weckt Verbitterung bei all denen, die Deutschlands Errettung nicht von Eroberungen und Entschädigungen, sondern von einem baldigen Frieden erwarten.

Dann kamen die bekannten Massenstreiks in Oesterreich. Unverkennbar richteten diese Streiks sich auch gegen die deutsche Regierung. Bestimmte Einzelheiten wecken sogar den Eindruck, als seien sie in erster Linie gegen maßgebende Kreise und Personen Deutschlands gerichtet. Jedenfalls war ein Teil der von den Streikenden aufgestellten Forderungen ohne das Einverständnis und die Mitwirkung Deutschlands nicht zu erfüllen. Daß die Rückwirkung solcher Vorgänge auf die Arbeiterschaft Deutschlands nicht ausblieb, ist verständlich.

Die hier kurz angedeuteten und noch einige andre Umstände führten zu einer starken politischen Spannung innerhalb der Arbeiterschaft. Der Prozeß der Radikalisierung, der seit geraumer Zeit unverkennbar vorhanden ist und dessen Ursachen durchaus nicht tief liegen, machte schnelle Fortschritte. So erklärte es sich, daß Flugblätter kleiner politischer Gruppen große Wirkungen auslösten, daß die Aufforderung zur Arbeitseinstellung in erheblichem Umfang befolgt wurde. In Berlin allein legten Hunderttausende die Arbeit nieder, in zahlreichen andern Städten war die Beteiligung sehr stark, im ganzen Reich dürften mehr Arbeiter in den Streik getreten sein, als zu irgendeinem Zeitpunkt seit der Gründung des Reiches.

Dennoch fehlte der Bewegung das Gewicht. Es fehlte ihr die Einheitlichkeit und Zielklarheit. Die Einstellung der Arbeit erfolgte ziemlich planlos, und die aufgestellten Forderungen entbehrten zumeist der Einheitslichkeit, Klarheit und Folgerichtigkeit. In Berlin stand die Forderung nach schleuniger Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen, ohne Kriegsenthätigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker an der Spitze; in Hamburg wurden 10 rein wirtschaftliche Forderungen aufgestellt; der annexionstlose Friede wurde erst nebenher in einer Entschädigung erwähnt, in der die Regierung aufgefordert wurde, auf einen sofortigen Frieden hinzuwirken — eine Formulierung, die sich nicht durch besondere Bestimmtheit auszeichnet.

Die unklare Zielsetzung der Bewegung erklärt sich aus der allgemeinen Unsicherheit und Unklarheit, in der wir leben, unter der wir leiden. In den Irrwegen unsrer Politik findet sich niemand mehr zurecht, unsre militärische Lage ist nur wenigen bekannt, über unsern Wirtschaftsmarkt wird absichtlich ein dicker Schleier gebreitet, im Ernährungswesen prüft alles herum, was anderswo überflüssig ist, unsre politischen Parteien orientieren sich alle Tage neu, und auch anderswo geht manches durcheinander. Wo soll da eine Bewegung, die letzten Endes doch nur ein Aufhüben aus jahrelang drückendem Joch ist, Klarheit und Zielklarheit nehmen? Wer soll die Hunderttausende, die mehr gefühlsmäßig aufbegehren als verständlich rechnend kämpfen, auf einen Willen einen, auf ein Ziel richten? Ist es da nicht verständlich, wenn hier das Rätsfel-

liegende, die Besserung der Ernährung gefordert wird, während man dort den tieferen Ursachen aller Nöte nachzugehen bemüht ist!

Die Leiter der Gewerkschaften standen und stehen einem solchen Massenaufstand gegenüber in einer schwierigen Lage. Sie sehen, daß verantwortliche und unverantwortliche Kreise und Personen in Deutschland geradezu planmäßig die Erbitterung in die Kreise der Arbeiterschaft hineintragen, und sie bedenken zugleich, daß die organisierte Gegenwehr folgenreichere Nebenwirkungen zeitigen kann. Diese Bedenken haben während des Krieges schon mehrfach dazu geführt, daß die zentralen Vertretungen der Gewerkschaften mit all ihren Mitteln und Kräften gegen geplante oder ausgebrochene Arbeitseinstellungen eingeschritten sind. Mit ganz besonderem Nachdruck im April des Vorjahres anlässlich des Ausstandes der Rüstungsarbeiter in Berlin. Damals richtete die Generalkommission der Gewerkschaften, gemeinsam mit den Leitungen der Gewerkschaften anderer Richtungen und der Angestellten, an den General v. Groener einen Brief, in dem die Arbeitseinstellung auf das schärfste verurteilt wurde. Jenes Schreiben hat, mehr der Form als des Inhalts wegen, mancherlei Anstoß erregt.

Bei diesem Streik erfolgte bisher eine einheitliche Rundgebung der Gewerkschaften aller Richtungen nicht. Die Christlichen, die Hirsch-Dunckerschen und die Polnische Berufsvereinigung haben jede für sich Mahnungen und Warnungen herausgehen lassen. Die Generalkommission hat erklärt, daß sie dem Streik völlig fernstehe und mit keinerlei Beschlüssen zu demselben Stellung genommen habe. Das „Korrespondenzblatt“ Nr. 3, das infolge des Streiks nur im Umfang von zwei Seiten erscheint, schreibt am Schlusse eines Aufsatzes über den Streik:

„Die Gewerkschaften müssen jede Verantwortung für den Ausbruch des Streiks wie für seine weitere Ausbreitung ablehnen, so sehr auch gewisse Kreise beflissen sind, ihnen solche Verantwortung zuzuschreiben. Daß die Gewerkschaften die Landesverteidigung nicht gefährden wollen, verbürgt ihr ganzes Verhalten seit Beginn dieses Krieges. Mögen jetzt diejenigen Kreise, die in Wirklichkeit die Verantwortung für die Zersplitterung des inneren Friedens tragen, angesichts der Früchte ihres Tuns einsinken und das Gemeinschaftsinteresse des deutschen Volkes über ihre ehrgeizigen und herrschsüchtigen Bestrebungen stellen, und möge eine einsichtsvolle Reichsleitung dafür sorgen, daß dieses Gemeinschaftsinteresse des deutschen Volkes ausschließlich zur Geltung gelangt. Dann wird dieser erste deutsche Massenstreik in Deutschland auch der letzte bleiben. Wenn es anders kommen sollte, dann sehen wir trübe in die Zukunft!“

Eine eingehende Wertung und Würdigung des Streiks ist heute noch nicht möglich; sie muß zurückgestellt werden, bis die Bewegung besser zu übersehen und freier zu beurteilen ist. Einige bemerkenswerte Veröffentlichungen und Verfügungen bringen wir nachstehend im Wortlaut, soweit das unter den jetzigen Umständen angängig ist.

Ueber den Umfang und den Verlauf des Streiks müssen unsre Leser sich vorläufig aus der Tagespresse unterrichten. Vielleicht lassen sich später zusammenfassende Angaben darüber machen. In Berlin ist es, Pressemeldungen nach, im Verlauf der Bewegung leider zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, bei denen auch Blut geflossen ist. Vielleicht wären diese Vorgänge vermieden worden, wenn das Oberkommando in den Marken nicht die Streikleitung aufgelöst und die Bildung einer neuen verboten hätte. Auch alle Versammlungen waren untersagt, das Gewerkschaftsnetz zeitweise für den Verkehr geschlossen. Dadurch wurde die Bewegung ganz unübersichtlich und unkontrollierbar und jeder geordneten Leitung entzogen.

Um über den Charakter der Bewegung zu unterrichten, geben wir nachstehend die in Berlin und die in Hamburg aufgestellten Forderungen der Streikenden wieder. In Berlin wurde gefordert:

1. Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexion, ohne Kriegsenthätigungen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker entsprechend den Ausprägungsbestimmungen, die dafür von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formuliert wurden.
2. Freisetzung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen.
3. Besondere für Deutschland wird gefordert: —
3. Ausgiebigere Nahrungsvorsorgung durch Eröffnung der Lebensmittelbestände in den Produktionsbetrieben wie in den Handelslagern zwecks gleichmäßiger Zuführung an alle Bevölkerungskreise.
4. Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben. Das Versammlungsrecht tritt vollständig wieder in Kraft, ebenso das Recht der freien Meinungsäußerung in der Presse und in Versammlungen. Die Schutzgesetze für Arbeiterinnen und Jugendlichen sind sogleich wieder in Kraft zu setzen. Alle Eingriffe der Militärverwaltung in die gewerkschaftliche Tätigkeit sind rückgängig zu machen und neue zu verhindern.
5. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben.
6. Alle wegen politischer Handlungen Verurteilte und Verhaftete sind sofort freizulassen.
7. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatsverwaltungen in Deutschland, und zwar zunächst die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den Preussischen Landtag.

In Hamburg wurden folgende zehn Forderungen erhoben:

1. Die Kartofelration ist auf 10 Pfund zu erhöhen.
2. Die Knochen wieder wie vorher zu verteilen.
3. Die Nährmittel, wie uns zugesichert, wieder auf 125 Gramm die Woche herauszugeben.

4. Die Arbeiterschaft erwartet unter Hinzuziehung von Arbeitern eine energische Bekämpfung des Schleichhandels.
5. Verbesserung der bestehenden Verkehrsverhältnisse.
6. Das willkürliche Verhalten der Messtischler gegenüber den Kollegen, insbesondere gegen die Auswärtigen, muß beseitigt werden.
7. Innehalten des Versprechens der Firma betreffs der Kriegsunterstützung an Mebel- und Eisägen.
8. Muß wegen Mebels, Eisens oder Kohlenmangels die Arbeiterschaft aussteigen, so hat die Firma die Zeit zu vergüten.
9. Erhöhung der Kriegsnotunterstützung um 50 Prozent.
10. Werden Arbeiter eingezogen, sind die Namen dem Arbeitersaushuß vorzulegen.

Diese Forderungen wurden ergänzt durch zwei Entschädigungen, deren erste für den Frieden, die Vaterlandspartei Stellung nimmt, während die zweite bessere Ernährung und eine den jetzigen Ernährungsverhältnissen entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit fordert.

Ob über die Forderungen in Berlin oder in Hamburg mit zuständigen Stellen Verhandlungen erfolgt sind und wozu solche geführt haben, ist bei Abschluß dieser Nummer noch nicht zu übersehen. Bekannt ist nur, daß die Regierungsjstellen in Berlin Verhandlungen mit Vertretungen der Streikenden abgelehnt, sich jedoch zu solchen mit Abgeordneten der sozialdemokratischen Parteien sowie der Generalkommission bereit erklärt haben.

Die Stellung der sozialdemokratischen Partei wird dargestellt in folgender Entschliessung, die vom Parteiausshuß gefaßt wurde:

Der Parteiausshuß stellt fest, daß sich die gegenwärtige Streikbewegung nicht gegen die Landesverteidigung richtet und nicht Ziele eines feindseligen Imperialismus fördern will. Sie ist aus einer tiefen Mißstimmung entstanden, die durch die Ernährungschwierigkeiten und den Druck des Belagerungszustandes hervorgerufen wurde. Das Treiben der Reaktion im preussischen Dreiklassenhaus, das auf die Verbesserung der preussischen Wahlreform gerichtet ist, das herausfordernde Auftreten der sogenannten Vaterlandspartei und die unklare Haltung der Regierung in der Friedensfrage haben diesen Stimmungsbild beigetragen. Da alle Mahnungen und Warnungen der sozialdemokratischen Partei ungehört verhallen, wurde ein Ausbruch dieser Volksstimmung unvermeidlich.

Durch den Eintritt sozialdemokratischer Abgeordneter beider Fraktionen in die Streikleitung war die volle Gewähr dafür gegeben, die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten und sie rasch, ohne Schädigung der Allgemeinheit zum Abschluß zu bringen. Voraussetzung war, daß die Regierung auf Gewaltmaßregeln verzichtete und Forderungen erfüllte, die von einer erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung als berechtigt anerkannt werden.

Statt diesen Weg zu gehen, hat die Regierung unerträglich formalistischen Vorwänden Verhandlungen mit den Arbeitervertretern der Streikenden abgelehnt. Sie hat zugleich geduldet, daß ihr nachgeordnete Organe mit erbitternden Unterdrückungsmaßregeln gegen die Bewegung vorgehen. Das Versammlungsrecht wurde vollständig ungeduldet, der „Vorwärts“ verboten, sogleich die gewählten Streikleitung jede Betätigung untersagt. Die so ge davon ist, daß sich der Streik explosionsartig auf immer neue Gruppen ausdehnt und daß er auf immer neue Orte überpringt, jeder Regelung und Kontrolle entbehrnd.

Die Verantwortung für diese Entwicklung der Dinge trifft jene Stellen, die sich vor Ausbruch des Streiks und während seiner Dauer beharrlich geweigert haben, die Stimme der Vernunft zu hören, und deren Politik offensichtlich auf Erzwingung eines Macht- und Gewaltfriedens gegen die eigene Bevölkerung hinzielt.

Die sozialdemokratische Partei hat sich während des ganzen Krieges rüchellos zur Landesverteidigung bekannt. Die Landesverteidigung wird jedoch gefährdet durch die politische Einseitigkeit derer, die den Krieg zu kriegsverlängernden, vom Volke nicht getragenen Zielen führen wollen, die dem Volke verpfändete Rechte verweigern und jeden Protest gegen einen immer unerträglicher werdenden Druck mit verstärktem Druck beantworten. Darum müssen sich heute alle Kräfte vereinigen, um ein Abkehr von dem verhängnisvollen Kurs herbeizuführen im Interesse der Selbsterhaltung unsres Volkes und eines baldigen gerechten Friedens.

Der Parteiausshuß fordert die Reichsregierung auf, sich in einbeutiger Weise zu erklären:

1. für die ausgiebigere Lebensmittelversorgung durch Eröffnung der Lebensmittelbestände bei den Erzeugern und in den Handelslagern zwecks gleichmäßiger Zuführung an alle Bevölkerungsklassen;
2. für ihre Bereitwilligkeit, sogleich den Belagerungszustand aufzuheben, sofort aber alle, das Versammlungsrecht und Versammlungsrecht sowie die freie Meinungsäußerung durch die Presse einschränkenden Bestimmungen zu beseitigen;
3. für die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe;
4. daß sie entschlossen ist, die schnellste Durchföhrung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern;
5. daß sie bereit ist zu einem allgemeinen Frieden ohne offene oder verheimlichte Annexionen und Kontributionen auf Grund des nach demokratischen Grundsätzen durchzuföhrenden Selbstbestimmungsrechts der Völler.

In Berlin wurde der verjährteste Belagerungszustand verhängt. Außerdem erließ der Oberbefehlshaber in den Marken folgende Bekanntmachung:

Die Ausstandsbewegung, in der ein Teil der Arbeiter von Groß-Berlin verharret, beeinträchtigt die Versorgung des Heeres und der Marine mit Waffen und Munition. Ich habe daher folgende Betriebe:

1. Deutsche Waffen- und Munitions-Fabrik in Mariensfelde, Lichtenberg und Wittenau.
2. Berliner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft vormals A. Schwarzkopff, Berlin.
3. Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft — Fabrik Hennigsdorf.
4. Argus Motor-Gesellschaft Berlin-Reinickendorf.
5. Flug-Verkehrs-Gesellschaft Johannisthal.
6. Danziger-Motoren Zweigniederlassung Mariensfelde

unter militärische Leitung gestellt und den Arbeitern dieser Betriebe ausgegeben, die Arbeit spätestens Montag, den 4. Februar 1918, bis morgens 7 Uhr wieder aufzunehmen. Zuwiderhandelnde setzen sich schwerer Bestrafung nach den Vor-

rinnen zu den schwersten körperlichen Arbeiten und zu den anstrengendsten Maschinenarbeiten herangezogen werden.

Die Tatsache, daß ein großer Teil der zum Heere eingezogenen erwachsenen Arbeiter während der Kriegszeit durch Frauen und Jugendliche ersetzt wurde, sollte der Arbeiterschaft zu Bedenken Anlaß geben. Nach dem Kriege werden die Frauen und Jugendlichen aus den Betrieben nicht so schnell wieder verschwinden, wie sie in dieselben hineingekommen sind.

Ihr „Anteil an der großen Zeit“

Belanlich sind verschiedene Unternehmer und deren Soldlinge aus der Papierindustrie unter die Erwerbungsliste gegangen. Diese Herren haben trotz aller Papiernot den Markt mit ihren Annoncenbrochüren überschwemmt und ihre Arbeiterschaft mit Erwerbungschriften bedeckt.

Herr Nikolai, der die Freunde eines Verständigungsfriedens als einen „Bruchteil von Kleinmütigen und Verzagten“ bezeichnet, dürfte sich irren. In derselben Nummer der „Lapetenzzeitung“ äußert sich der Chemiker Fabrikantenvorsteher Vanghammer zu demselben Thema weit vorzüglicher.

„In diesem Tage besteht sicher bei den meisten Deutschen der Wunsch, daß in absehbarer Zeit das Ende dieses Krieges herbeigeführt werden möge. Die Hoffnung hierzu ist nicht unbegründet. Selbstverständlich muß es ein Friede sein, der die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres Vaterlandes sichert.“

Herr Nikolai behauptet, daß auch die Erwerbungsliste, die nicht zu den „Kleinmütigen und Verzagten“ gehören, ihren „Anteil an der großen Zeit“ haben. Er ist auch gleich so freundlich, den „Anteil seiner Gesinnungsgenossen an der großen Zeit“ zu veranlassen, wenn er schreibt:

„Leb' doch, unterstützt durch die große Schar der Kriegsgewinnler, ganz unerwartet das bessere Geschick auf, bei dem die gegenwärtig hohen Preise ohne Einfluß bleiben.“

Chemische Industrie

Das Arbeiterheer in den großen Teerfarbenfabriken.

Der Teerfarbentrieb hat die Kapitalerhöhung, über die wir wiederholt eingehend berichtet haben, nunmehr ausgeführt. Da der überwiegende Teil der Aktien den alten Aktionären für den Bruchteil ihres bisherigen Wertes geschenkt wird, hat die öffentliche Ausbeutung mehr nur formale Bedeutung.

Table with 3 columns: Betriebsname, Arbeiterzahl, Umsatz. Includes entries for Badische Anilin- und Sodafabrik, I.G. Farbenindustrie, and Hoechst.

Die vier Betriebe beschäftigen demnach zusammen rund 50 000 Beamte und Arbeiter. Wieviel davon weiblich sind, wird nicht mitgeteilt; es ist aber bekannt, daß die Verwendung von Arbeiterinnen auch in diesen Betrieben, die vor dem Kriege solche nur zu einigen Reinigungsarbeiten verwendeten, einen erheblichen Umfang angenommen hat.

Förderung der chemischen Industrie im Ausland.

Die englische Regierung ist eifrig bemüht, der chemischen Industrie Englands die Zukunft zu sichern, ihr vor allem den Wettbewerb mit der chemischen Industrie Deutschlands nach dem Kriege zu erleichtern.

geben, ferner auf die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit zwischen dieser Industrie und der Regierung. Der beste Weg dazu ist offenbar enge Zusammenarbeit mit einer Körperschaft, die die chemische Industrie als Ganzes vertritt.

Die genannte Zeitung bemerkt hierzu: Das sind vernünftige Vorschläge, denen hoffentlich Folge geleistet wird. Die Abteilungen dieser Abteilung würden, kurz gesagt, darin bestehen, die Probleme der Zeit nach dem Kriege und die besten Mittel und Wege zur Lösung der Industrie zu studieren und Nachrichten zu sammeln und zu verbreiten.

Auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika erfährt die chemische Industrie weitgehende Förderung. Von den verschiedenen Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung einer leistungsfähigen Teerfarbenindustrie haben wir schon wiederholt berichtet.

Arbeiterschutz und Arbeitsversicherung

Das Reichsversicherungsamt verschleppt die Unfallversicherung und lehnt die Arbeiterkontrollen ab!

Im öffentlichen Leben und sozialpolitisch betrachtet, wird das Reichsversicherungsamt als die wahrnehmende Hüterin des Arbeiterschutzes und der Unfallversicherung angesehen. Diese überhörende Annahme begründet sich auf die Stellung und die gesetzlichen Bestimmungen zur Tätigkeit des Reichsversicherungsamts nach den früheren Unfallversicherungsregeln (§§ 112, 115) und der Reichsversicherungsordnung (§§ 848, 864, 868).

Eine der wichtigsten Fragen zur Unfallversicherung ist die Überwachung der Betriebe durch die Organe der Berufsgenossenschaften und des Reichsversicherungsamts. Diese Bestimmungen sind in der Reichsversicherungsordnung klar und verständlich niedergelegt.

Zu welcher Weise werden nun die Unfallversicherungsrichtlinien im Reichsversicherungsamt fertiggestellt und genehmigt? Für jeden, der aufmerksam die Berichte des Amtes und der Berufsgenossenschaften im Laufe der Jahre vor und während des Krieges verfolgt hat, wird die Wahrnehmung nicht zu unzutreffend sein, daß zum Nachteil eines gesunden und natürlichen Entwicklung der Unfallversicherung im Deutschen Reich gerade diese Geschäfte in recht auffälliger Art verschleppt und wirksamlos gemacht werden, wodurch eine direkte Gefahr für den Arbeiterschutz entstehen muß und im weiteren für die Volkswirtschaft entstanden ist.

Wie dem entgegen der Fall sein wird, dafür hat ein Beispiel. Infolge der ungenügenden Unfallbelastung der Romagewerbetriebe, bei der Ausübung von Eigentonstruktionsbauten und der außerdem dabei beschäftigten Bauarbeiter wurde von Seiten der Baugewerkschaften und der Bauarbeitervereine eine entsprechende Organisation beim Reichsversicherungsamt angeregt und gefordert.

13. August 1917 zu genehmigen, die nun mit dem 1. Oktober desselben Jahres in Kraft treten wird. Die Fertigstellung dieser Vorschriften hat also zum Nachteil der sehr schwebelustigen Arbeiter um acht Jahre in Anspruch genommen.

Ein anderer Vorgang zur Wahrnehmung der Unfallversicherung kennzeichnet den Geist der Bureaucratie im Reichsversicherungsamt. Wie bekannt sein dürfte, ist die Unfallversicherung und -häufigkeit in der Steinindustrie und bei Steinbrüchen sehr groß. Von den 16 technischen Aufsichtsbereichen der Steinbruch-Berufsgenossenschaft konnten infolge von Personenberufungen im Jahre 1915 und 1916 nur noch sieben dieser Angelegenheiten eine Revisionsfähigkeit ausüben.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland.

dessen Aufzug wir kürzlich veröffentlicht haben, veranstaltete am 7. Januar im preussischen Abgeordnetenhaus eine programmatische Kundgebung. Die einleitende Rede hielt Geheimrat Prof. Troeltsch.

„Solange der Vernichtungswille der Feinde nicht gebrochen ist, muß unser Volk wie an den Fronten so auch in der Heimat in treuer Einigkeit und in Dankbarkeit gegen unsere Brüder im Waffenrock zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenstehen, um in äußerster Anspannung aller Kräfte die feindlichen Anschläge zu vereiteln.“

Um diese Einigkeit unseres Volkes und die Anspannung seiner Kräfte zu stärken, ist es ein in der Gerechtigkeit nutzliches Gebot höchster Staatsnotwendigkeit, sofort den eingeleiteten freiwilligen Ausbau in Reich und Staat fortzuführen, um die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und ihre Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben zu sichern.

Die freiwillige Entlohnung im Innern besetzt zugleich eine feste Grundlage für eine klare und offene Politik nach außen. Wir lehnen einen Verzicht darauf ebenso entschieden ab wie einen Gewaltverzicht, der den dem künftigen Kriege in sich birgt.

Zu diesen Forderungen weiß sich der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ einzig mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes.

„Der Volksbund umfaßt bereits die wirtschaftlichen Organisationen von fast vier Millionen Arbeitern und Angehörigen, ihm können täglich zahlreiche neue Mitglieder aus allen Kreisen des Volkes zu, die gleich und von der Überzeugung durchdrungen sind, daß nur eine festgesetzte Phalanx aller freiwillig geknüpften Elemente des Volkes bannen kann, die dem Reich durch die alldeutschen Erbreiten der Vaterlandspartei droht.“

„Wir geben diese Ausführungen wieder, ohne im einzelnen dazu Stellung zu nehmen. Immerhin wollen wir die Bemerkung nicht unterdrücken, daß sich gegen die für die Tätigkeit des Bundes wichtige Voraussetzung, daß Krone und Regierung zu einer Verständigungspolitik im Innern wie nach außen entschlossen sind“, mancherlei Einwände erheben lassen.“

Wir geben diese Ausführungen wieder, ohne im einzelnen dazu Stellung zu nehmen. Immerhin wollen wir die Bemerkung nicht unterdrücken, daß sich gegen die für die Tätigkeit des Bundes wichtige Voraussetzung, daß Krone und Regierung zu einer Verständigungspolitik im Innern wie nach außen entschlossen sind“, mancherlei Einwände erheben lassen.“

